

5 Zusammenfassung

Das Ziel der vorliegenden Arbeit bestand in der Offenlegung von Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Wöchnerinnen hinsichtlich ihrer Lebenssituation. Hintergrund war die Verschmelzung zweier Gesellschaften im Zuge der Wiedervereinigung, die sich in ihren Einstellungen und Traditionen stark voneinander unterschieden. Es wurden daher zunächst die Unterschiede in der Familien- und Sozialpolitik beider deutschen Staaten vor der Wiedervereinigung aufgezeigt und auch die Neuerungen für die ostdeutschen Frauen im Zuge des Gesellschaftswandels näher beleuchtet. Die mitunter beträchtlichen Unterschiede im generativen Verhalten im Osten und Westen Deutschlands sind daraufhin ausführlich nachgezeichnet worden. Die sich aus den Rahmenbedingungen ergebenden Differenzen in den Einstellungsmustern wurden detailliert dargestellt. Weiterhin ist auf theoretischer Ebene beschrieben worden, welche mikro- und makrostrukturellen Faktoren die Realisierung eines Kinderwunsches bedingen. Anhand der Kinderwunschstudie von 1998 bis 2000 wurden die Differenzen empirisch getestet.

Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass die Einstellungen hinsichtlich der Familienleitbilder, der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit oder des Kinderwunsches unterschiedlich gesehen werden. Diese Differenzen können mit den unterschiedlichen Kindheitserfahrungen erklärt werden, die heutige potenzielle Mütter erfahren haben. So favorisierte die Familien- und Sozialpolitik der früheren Bundesrepublik eher die Hausfrauen- und Versorgerehe mit allein verdienendem Ehemann und nichterwerbstätiger Ehefrau.

In der ehemaligen DDR dagegen zielte die Familien- und Sozialpolitik vielmehr auf die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als Folge dieser differenzierten Familienleitbilder entstanden Unterschiede im generativen Verhalten, die sich bis heute nicht angeglichen haben. So ist in der Kinderwunschstudie eine Altersverteilung der Geburten nachweisbar, die im Osten Deutschlands mit 27,6 Jahren weitaus jünger ausgeprägt ist als im Westen Deutschlands mit 30,2 Jahren. In den neuen Bundesländern sind mehr Wöchnerinnen der Meinung, dass Berufstätigkeit und Mutterschaft leicht miteinander vereinbar sind als in den alten Bundesländern. Die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard unterschied sich ebenso in beiden Teilen Deutschlands. Während ca. 82% der Wöchnerinnen in den alten Bundesländern insgesamt mit ihrem derzeitigen Lebensstandard zufrieden sind, sind dies in den neuen Bundesländern nur rund 72%. Aufgeschlüsselt nach der Kinderzahl steigt der Anteil der Unzufriedenen mit der Anzahl der Kinder beträchtlich an, in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Hinsichtlich der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung sind kurioserweise kaum Unterschiede anzutreffen. In den alten Bundesländern sind 57% mit dem Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen eher zufrieden, in den neuen Bundesländern dagegen nur 55%. Diese Ergebnisse überraschen, da der Versorgungsgrad an Kinderbetreuungseinrichtungen sich im Ostteil Deutschlands auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung auf einem weit aus höheren Niveau befindet als im Westteil Deutschlands. Diese Einstellungsdifferenzen sind

erklärbar mit den unterschiedlichen sozial- und familienpolitischen Regelungen beider deutschen Staaten. Da die Möglichkeiten der Kinderbetreuung in den neuen Bundesländern sich im Vergleich zu der Zeit vor der Wende eher verschlechterten, ist eine Unzufriedenheit leicht nachzuvollziehen. Im Westteil Deutschlands sind die Möglichkeiten der Kinderbetreuung auf einem geringen Niveau stetig gestiegen. Somit ist eine Zufriedenheit trotz niedrigem Niveau verständlich.

Insgesamt kann zusammengefasst werden, dass auch 15 Jahre nach der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten immer noch Unterschiede in den Einstellungen hinsichtlich der Familienleitbilder ebenso wie in den Rahmenbedingungen existieren. Es ist zwar zu einer Annäherung des ostdeutschen generativen Verhaltens an westdeutsche Verhaltensmuster gekommen. Von einer Angleichung kann aber längst noch keine Rede sein. Vor allem in den Einstellungen hinsichtlich der Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind weiterhin Differenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern auszumachen, was unter anderem mit den immer noch unterschiedlichen Möglichkeiten der Ganztagesbetreuung von Klein- und Kleinstkindern zu erklären ist

Folgende Ergebnisse konnten in der vorliegenden Arbeit ermittelt werden:

1. Die Unterschiede im generativen Verhalten in Ost- und Westdeutschland gleichen sich an.

Waren vor der Wiedervereinigung die Unterschiede im generativen Verhalten noch bedeutend größer, näherten sie sich nach dem Beitritt der DDR zusehends an. So ist das durchschnittliche Gebäralter im Osten Deutschlands seit der Wende deutlich nach oben geschneilt, während es im Westen Deutschlands auf hohem Niveau nur noch leicht anstieg. Beim durchschnittlichen Heiratsalter ist ein ähnliches Muster zu verzeichnen. Das (Perioden-) Fertilitätsniveau ist in den östlichen Bundesländern durch die Unsicherheit im Zuge des Gesellschaftswandels stark abgefallen, steigt seitdem kontinuierlich und gleicht sich dem westdeutschen Niveau zusehends an.

2. Die Altersverteilung der Wöchnerinnen ist in Ost und West immer noch unterschiedlich.

Die Anreizstrukturen für Frauen, zu welchem Zeitpunkt im Lebensverlauf ein Kind zu bekommen, sind in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich. Durch eigene Kindheits-erfahrungen ostdeutscher Frauen, deren Mütter früh im Lebensverlauf ihre Kinder bekamen, sind heutige potenzielle Mütter in Ostdeutschland eher geneigt ihre Kinder ebenso früh im Lebensverlauf, vorzugsweise in Vereinbarkeit zur eigenen Erwerbstätigkeit, zu bekommen. In Westdeutschland sind diese Sozialisationserfahrungen von Frauen, deren Mütter jung waren, nicht oder nur selten vorhanden, da ein hohes durchschnittliches Geburtenalter schon seit Anfang der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts zu beobachten ist. Außerdem ist im früheren Bundesgebiet die Entscheidung für ein Kind meist eine Entscheidung gegen die eigene Berufstätigkeit, dessen Zeitpunkt so weit wie möglich verschoben wird.

3. *In den neuen Bundesländern werden deutlich mehr Kinder nichtehelich zur Welt gebracht als in den alten Bundesländern.*

Hauptempfänger der Familien- und Sozialpolitik der ehemaligen DDR war die Frau, deren Eigenständigkeit durch verschiedene monetäre und unterstützende Maßnahmen gesichert werden sollte. Diese Familienpolitik sorgte in Verbindung mit der staatlicherseits verordneten Entfremdung von kirchlich konservativen Werten für eine Entkoppelung von Ehe und Elternschaft, die auch nach der Wende nicht verschwand, sondern sich eher noch verstärkte. In Westdeutschland galt das Hauptinteresse der Familien- und Sozialpolitik vornehmlich der Familie als Einheit (z.B. Ehegattensplitting), was bedeutete, dass unterstützende Maßnahmen mitunter erst in der Institution Ehe bewilligt wurden. In Verbindung mit der weniger starken Entfremdung von religiös konservativen Werten ist der Zusammenhang zwischen Familie und Elternschaft in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland.

4. *Die Versorgungsquoten der Kinderbetreuungseinrichtungen sind für Kinder ab 3 Jahre in den alten und neuen Bundesländern annähernd gleich.*

Im Zuge der in den Jahren nach der Wiedervereinigung eingeführten sozialpolitischen Maßnahmen zur verbesserten Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit sind vor allem im Westen Deutschlands vermehrt Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder ab 3 Jahre geschaffen worden, womit sich gleichzeitig die Versorgungsquoten spürbar erhöhten. In Ostdeutschland sind dagegen im Zuge von Wirtschaftlichkeitsprüfungen die Versorgungsquoten in Kinderbetreuungseinrichtungen auf hohem Niveau leicht zurückgegangen. Somit näherten sich Versorgungsquoten in Ost- und Westdeutschland zusehends an und unterscheiden sich nur noch minimal.

5. *Die Möglichkeiten der Ganztagesbetreuung sind im Westen Deutschlands gegenüber dem Osten Deutschlands stark unterrepräsentiert.*

Ziel der Familien- und Sozialpolitik in der ehemaligen DDR war unter anderem die Förderung der Vereinbarkeit von Mutterschaft und (Vollzeit-) Berufstätigkeit, deren Verwirklichung durch Ganztageskinderbetreuungseinrichtungen auch erreicht werden konnte. Diese Möglichkeiten der Ganztagesbetreuung konnten auch nach der Wiedervereinigung weitgehend erhalten werden. In den früheren Bundesländern ist ein System ganztägiger institutioneller Kinderbetreuung zugunsten einer Teilzeitbetreuung (entweder nur vormittags oder nur nachmittags für maximal sechs Stunden) abgelehnt worden. In Westdeutschland wird im Zuge der gesetzlich vorgeschriebenen Förderung zur Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit ein System ganztägiger Kinderbetreuung erst langsam aufgebaut.

6. *Die Möglichkeiten der Kleinstkindbetreuung sind im Westen Deutschlands nach wie vor sehr stark beschränkt.*

In der Familien- und Sozialpolitik Westdeutschlands ist eine institutionelle Kleinstkindbetreuung als ungerechtfertigter Eingriff in die Privatsphäre weitgehend abgelehnt worden. Dementsprechend ist das sozialpolitische Instrumentarium der subventionierten institutionellen Kleinstkindbetreuung wenig gefördert worden. Erst im Zuge der heutigen Förderung der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit ist eine institutionelle Kleinstkindbetreuung langsam im Entstehen.

7. *Die Einstellungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit werden in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich gesehen.*

Die Familien- und Sozialpolitik in der ehemaligen DDR zielte unter anderem auf die vollständige Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit. Ein gleichzeitiges Nebeneinander zwischen beiden Optionen sollte möglich sein. Infolgedessen ist eine Erwerbstätigkeit von Müttern durchweg als normal, wie selbstverständlich zum Alltag gehörend, eingestuft worden. Im Westen Deutschlands ist eine Entscheidung für ein Kind immer noch meist eine Entscheidung gegen die Erwerbstätigkeit. Ein zeitliches Nacheinander von Mutterschaft und Berufstätigkeit ist hier eher an der Tagesordnung. Daher sind hier vermehrt Frauen mit polarisierenden Einstellungen zu finden, die entweder eine Entscheidung für eine Berufstätigkeit oder für Familie mit Kindern treffen werden.

8. *In Ostdeutschland versuchen mehr Wöchnerinnen als in Westdeutschland nach der Geburt wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.*

Die Kindheitserfahrungen vieler ostdeutscher Frauen, die ihre (vollzeit-) erwerbstätigen Mütter erlebten, zeigen den jetzigen potenziellen Müttern, dass eine Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft möglich ist. Außerdem sind nur ca. 10% der ostdeutschen Wöchnerinnen der Ansicht, dass die Rolle als „Mutter und Hausfrau“ sie ausfüllen würde. Für einen Großteil der ostdeutschen Frauen ist die Pflege und Erziehung von Kindern nur ein Teil ihres Lebensinhalts. Strukturelle Gründe durch die Möglichkeiten der ganztägigen (Kleinst-) Kindbetreuung in Ostdeutschland spielen hier auch eine bedeutende Rolle. In Westdeutschland sind die Möglichkeiten zur Ganztagesbetreuung von Kindern nicht in diesem Umfang vorhanden, was die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nach der Geburt natürlich erschwert.

9. *Wenn eine ostdeutsche Wöchnerin wieder eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, dann erfolgt dies eher als es eine westdeutsche Wöchnerin tun würde.*

Strukturelle Möglichkeiten zur Betreuung von (Kleinst-)Kindern sind für eine möglichst kurze Unterbrechung der Berufstätigkeit im Zuge einer Mutterschaft von essenzieller Bedeutung. Durch die beinahe lückenlose Versorgung von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen ist es in den neuen Bundesländern leichter und schneller möglich, wieder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen als in den alten Bundesländern, in denen die Versorgung mit Ganztagesplätzen in Kindertagesstätten weitaus geringer ist.

10. In den alten Bundesländern sind Wöchnerinnen mit ihrem Lebensstandard insgesamt zufriedener als in den neuen Bundesländern.

In vereinzelt Regionen Ostdeutschlands sind teilweise Arbeitslosenquoten von über 25% zu beobachten, bei einer durchschnittlichen Quote für die gesamten neuen Bundesländer von ca. 20%, während in Westdeutschland der Durchschnittswert bei ca. 10% liegt. Anhand dieser Quoten ist anzunehmen, dass die erhöhte Arbeitslosigkeit an sich bzw. die erhöhte Wahrscheinlichkeit, von Arbeitslosigkeit betroffen oder bedroht zu sein, in Ostdeutschland weitaus höher ist als in Westdeutschland. In Zusammenhang mit den noch unterschiedlichen Verdienstverhältnissen in den neuen und alten Bundesländern ergibt sich daraus eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard vor allem für ostdeutsche Frauen, die auch noch überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. bedroht sind.